

Bezugpreis:
Monatlich in Neubürg RM. 1.50.
Durch die Zeit im Ost- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen im-
menseitigen Bezirke RM. 1.50 mit
Postgebühren. Preis freibleibend.
Preis einer Nummer 10 Rpf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
ein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Fernsprecher N. 4.
Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neubürg.

Der Enztöler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder
deren Raum 25 Rpf., Reklamazeile
10 Rpf., Kollektivanzeigen 150 Rpf.,
Zuschlag, Offerte und Anzeigen-
erteilung 20 Rpf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Abnahmefalles hinfällig,
weib, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Bei Tarif-
änderungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berichtstand für beide Teile in
Neubürg. Für teile. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neubürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger), für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neubürg.

Nr. 168 Mittwoch den 22. Juli 1931 89. Jahrgang

Die Sieben-Mächte-Konferenz in London

London, 21. Juli. Schon der Hof des Foreign Office bot heute das Bild eines großen Tages: Reihe an Reihe standen die Kraftwagen der Delegationsmitglieder der sieben Mächte, gekennzeichnert mit den Fahnen der verschiedenen Nationen. Ein Haufen von Fotografen, Photographen, Kinoveratoren und Reporter verpackte das Bild. Hinter den großen Fenstern, erreichbar durch lange Korridore, durch die nur die Personen zugelassen wurden, die sich mit Ausweisdokumenten als Konferenzmitglieder legitimieren konnten, tagt die Konferenz. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß die heutigen Verhandlungen nach den Vorgeschritten des gestrigen Tages in medias res geführt werden. Die bereits gemeldete Tatsache, daß heute vor Beginn der eigentlichen Konferenz einständige Ansprachen zwischen Reichkanzler Dr. Brüning, Ministerialdirektor Schäfer vom Reichsfinanzministerium, Schatzkanzler Soudan und Keith Hog vom britischen Finanzministerium im Schanzenamt einerseits und Reichsbankminister Dr. Curtius, Staatssekretär von Bülow und Außenminister Henderson im Foreign Office andererseits stattgefunden haben, könnte darauf schließen lassen, daß die Erörterungen, die gestern abend zwischen den britischen und deutschen Staatsmännern beim Abendessen und danach begonnen haben, heute vor dem Zusammenreffen mit den übrigen Konferenzmitgliedern auf einer konkreteren Grundlage fortgesetzt worden sind.

Es dies als ein gutes Vorzeichen für die Möglichkeit der Durchführung einer allgemein betrieblichen Regelung gedeutet werden sollte oder nicht, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Die Blätter melden in großer Aufmachung, daß auf der heutigen Konferenz amerikanische Vorschläge für die Unterbrechung Deutschlands unterbreitet werden sollten. In Telesprachen aus Washington wird gemeldet, daß der stellvertretende amerikanische Staatssekretär Castle bei der Verhandlung dieser Tatsache es zwar angelehnt habe, die Art der amerikanischen Vorschläge mitzuteilen, jedoch zum Ausdruck gebracht habe, daß die Vorschläge nicht sensationeller Art seien.

Reichsaußenminister Dr. Curtius über die Sitzung
London, 21. Juli. Zu der heutigen ersten Vollversammlung der Konferenz erklärte Außenminister Dr. Curtius, der heute zum ersten Mal nach seiner Ankunft die deutsche Presse empfing, daß man sich heute ausschließlich mit der Erörterung finanzieller Probleme befaßte. Hierbei war besonders bemerkenswert, daß sich Stimmung im hervorragenden Maße an den Verhandlungen beteiligte und daß die Amerikaner versuchten, die Lage auf das Germeinste aufzuklären. Zunächst befaßte man sich mit der Frage, unter welchen Umständen und mit welchen Maßnahmen ein Stillhalte-Konkordat gebildet werden kann, sodann auch wirklich praktisch der größte Teil der kurzfristigen Anlagen nicht zurückgezogen wird. Man wies darauf hin, daß es keinen Zweck haben würde, wenn sich nur die Großbanken verpflichteten, keine Anlagen zurückzugeben, während die Kleinkonten damit fortführen. Es müßte Vorforschung getroffen werden, damit eine wirkliche Stillhaltung erreicht werde. Diese Fragen wurden auf eingehendste Erörterung unter Berücksichtigung von Zahlen über die Größe der derzeit in Deutschland vorhandenen kurzfristigen Anlagen französischer, amerikanischer, Schweizer und holländischer Herkunft. Da es sich zeigte, daß eine Erreichung von praktischen Vorschlägen in dem großen Kreis der Vollkonferenz nicht möglich sei, beschloß man, am 23. Uhr nachmittags eine Konferenz der Finanzminister auszuscheiden, während die Vollkonferenz morgen früh um 10 Uhr wieder zusammentreten wird. Es besteht die Hoffnung, daß diese Konferenz der Finanzminister in der Lage sein wird, der morgigen Vollkonferenz praktische Vorschläge zur Lösung der ersten Frage zu überreichen. Die zweite Frage, die Zurückführung neuen Kapitals nach Deutschland, wurde auf der heutigen Sitzung zwar gestreift, aber nicht vertieft.

Erklärungen Stimson's
London, 21. Juli. Einen interessanten Beitrag zu der Ausdeutung auf der heutigen Vormittagsitzung der Sieben-Mächte-Konferenz, die einmütig die Auffassung ergab, daß zunächst die augenblicklichen Kredite für Deutschland verlängert werden müßten, gaben die Ausführungen Staatssekretärs Stimson's, der deutlich zum Ausdruck brachte, daß die Amerikaner nicht nur keinen ihrer Kredite in Deutschland zurückziehen wollten, sondern diese vielmehr in letzter Zeit vermehrt hätten. Stimson sprach ferner sein Vertrauen aus, daß die großen amerikanischen Banken an der Erhaltung der Kredite in Deutschland mitarbeiten wollten und daß von den gleichen Institutionen in den anderen Ländern ebenso verfahren werde. Zum Schluß unterstrich der Staatssekretär besonders die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Länder in der Frage der Kreditverlängerung. Es scheint sich nunmehr in Konferenzkreisen die Auffassung zu bekräftigen, daß auf der gegenwärtigen Konferenz keine Anleihe für Deutschland zuhandeln kommen werde, daß vielmehr das Ergebnis der Beratungen wahrscheinlich in Richtung kurzfristiger Kredite sich bewegen werde.

Communiqué über die Vormittagsitzung
London, 21. Juli. Die Sieben-Mächte-Konferenz vertagte sich um 12.45 Uhr über die Mittagspause. Über die Vormittagsitzung wurde folgendes Communiqué ausgedruckt: Die Konferenz ist um 10 Uhr im Foreign Office zusammengetreten und hat über internationale finanzielle Zusammenarbeitsmöglichkeiten beraten, die geeignet sein könnten, möglichst un-

gehend das wirtschaftliche Gleichgewicht in Deutschland wiederherzustellen, und zwar als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich als notwendig herausstellen sollten, um die Finanzsituation Deutschlands für dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Es wurde vereinbart, daß die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Mächte, sowie Reichkanzler Brüning heute nachmittags unter dem Vorsitz MacDonald's zu einer neuen Sitzung zusammentreten sollen, in der die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortgesetzt werden soll.

Der neue Hoover-Plan

Washington, 21. Juli. Der volle Text des Vorschlags, den Amerika durch Stimson der Londoner Konferenz unterbreiten ließ, lautet:

„Der Kern des Problems ist die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaft sowohl in Deutschland selbst wie im Auslande. Was die politische Seite anbetrifft, so hofft Amerika, daß die Völker Europas durch gegenseitiges Verständnis und guten Willen alle Meinungsverschiedenheiten beiseite lassen, damit die Welt mit der politischen Stabilität Europas rechnen kann. Was die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so ist die gegenwärtige Notlage durchaus eine Krise kurzfristiger Kredite. Der Hauptgrund auf Deutschlands Wirtschaft in der Zeit der Depression ist durch den gemeinschaftlichen Schritt der Gläubigerstaaten mit der Suspendierung aller Zahlungen aus Regierungsschulden für ein Jahr erleichtert worden. Deutschland hat aber sein Wirtschaftsgeschehen zu einem sehr beträchtlichen Teile mittels ausländischer kurzfristiger Kredite finanziert. Es liegt kein Grund vor, die Stabilität der Grundlage, auf der diese Kredite ruhen, zu bezweifeln. Aber die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit brachte einen solchen Verlust von Vertrauen mit sich, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt war. Diese Belastung nahm zwei ganz bestimmte Formen an, deren Folge den Abzug der Bankmittel und eine Verminderung des Geld- und Devisenbestandes war. Erstens gab es eine Flucht aus der Markt in Deutschland selbst, zweitens wurde ausländische Depositionen abgezogen und die Kredite seitens ausländischer Banken bestritten. Diese Bewegungen sind durch nichts zu rechtfertigen, und wenn sie durch eine gemeinsame Aktion aufgehalten werden können, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte. Was das nächstliegende betrifft, nämlich die innere Flucht vor der Markt, so kann dies — und es geschieht dies bereits — erfolgreich bekämpft werden durch die entsprechenden Maßnahmen der deutschen Reichsregierung und der Reichsbank. Wenn die unbedingte Befolgung dieses einmal übernommenen Pfandes zu verhindern, die Verstärkung des Kredites des eigenen Landes zu verhindern. Was die auswärtigen Kredite betrifft, so glauben wir, daß eine erste Annäherung an dieses Problem in der Aufstellung eines Programms besteht, das eine Verlängerung der laufenden Kredite um eine angemessene Zeit ermöglicht. In diesem Zusammenhang nehmen wir an, daß diese Kredite zusammen mit der Befreiung von den Reparationen und den sich aus der Behebung der Bank ergebenden natürlichen Gewinn genügen sollten, um den gegenwärtigen Bedarf der deutschen Wirtschaft zu decken.

Andererseits dürfte klar sein, daß, sofern für die Aufrechterhaltung der Kredite keine Maßnahme getroffen wird, ein Versuch, neue kurzfristige oder langfristige Kredite zu beschaffen, unwirksam sein würde. Bei der Entwicklung eines solchen Programms könnten die Länder, die Hauptbankzentren einschließen der Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Japan und der Schweiz und andere wichtige Bankzentren es gut auf sich nehmen, ihren Bankiers anzurufen, in der Weise organisatorisch vorzugehen, daß es ermöglicht wird, die laufenden Kredite für Deutschland für einen angemessenen Zeitraum aufrecht zu erhalten. Die Verantwortung für die Ausarbeitung der Einzelheiten eines solchen Programms und die Methoden, um es mit gebührender Berücksichtigung des Schutzes für die Banken und der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft wirksam durchzuführen, sollte den Bankgesellschaften der betreffenden Länder überlassen werden und den Zentralbanken könnte, so glauben wir, das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie die notwendige Führerschaft in bezug auf das Zusammenwirken und die Leitung übernehmen. Derartige freiwillige Abmachungen sollten für die gegenwärtige Zeit der Ergänzung finden in einer strengen Kontrolle aller Devisentransaktionen durch die Reichsbank, derart, daß die Integrität des Programms aufrecht erhalten werden kann und daß die Banken, die daran teilnehmen, versichert sein können, daß keine willkürlichen Abziehungen stattfinden werden von deutscher Seite nach außerhalb Deutschlands. Das wird zur Aufrechterhaltung des Gesamtbestandes der Kredite in diesem Lande beitragen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn ein derartiges System schnell zur Ausführung gebracht werde, die unmittelbare Wiederherstellung des Vertrauens die Folge sein würde, und daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Notwendigkeit für eine Verlängerung dieser Art verschwinden und dann wieder normale Verhältnisse zur Herrschaft gelangen würden. Für das Vertrauen auf ein solches Ergebnis besteht uns mehr Grund angesichts der Tatsache, daß das Programm der Vereinigten Staaten

für die Suspension der Schuldzahlungen sehr wirksam geworden ist und die Ereignisse, die der Aufwindigung dieses Programms folgten, deutlich beweisen, daß die Befreiung von der Zahlung der gegenwärtigen Regierungsschulden in den Augen der ganzen Welt die Grundlage für ein erneutes Vertrauen gelegt hat. Von der V.Z. sollte ein Komitee ernannt werden oder es sollte ein Komitee auf irgend eine andere angemessene Methode geschaffen werden, um ein Zusammenwirken in Betreff der folgenden Fragen zu gewährleisten: Im Einklang mit den Bankkreisen in den verschiedenen Ländern ist von diesen Ländern Sorge zu treffen für die Wiedererneuerung des gegenwärtigen Bestandes der laufenden kurzfristigen Kredite, zweitens über die unmittelbaren weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands eine Unternehmung anzustellen und drittens über die Entwicklung von Plänen während des Verlaufs der nächsten 4-8 Monate für eine teilweise Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite.

Erklärungen des Staatsdepartements zum Hooverplan

Washington, 21. Juli. Zu dem heute veröffentlichten Hooverplan gibt das Staatsdepartement folgende Erklärungen: Durch die Befreiung von den Reparationszahlungen für die Dauer eines Jahres ist Deutschland eine erhebliche Hilfe gemahet worden. Diese Reparationszahlungen belaufen sich auf 400 Millionen Dollar. Die Jahresbilanz Deutschlands ist günstig. Die Flucht aus der Markt ist aufgehalten und die innere Banklage ist durch die mutige Aktion der deutschen Regierung in Ordnung gebracht. Zunächst muß man nun die Aufrechterhaltung des Umlanges der kurzfristigen Kredite gesichert werden, die sich noch jetzt in den Händen von ausländischen Banken und Organisationen befinden und deren Betrag auf 12 Milliarden Dollar geschätzt wird. Es handelt sich augenblicklich um gewöhnliche Handelswechsel, die durch viele deutsche Depositionen und Kredite gedeckt sind. Selbstverständlich ist dies nur eine rohe Schätzung sein. Der Vorschlag des Präsidenten besteht ganz einfach darin, daß die Bankiers und Bankhäuser in allen Ländern dahin ein Übereinkommen treffen, monach der gegenwärtige Kreditumfang in jedem Lande aufrechterhalten wird und daß die deutsche Regierung durch die Reichsbank und auf andere Weise eine strikte und vollständige Kontrolle über den Devisenmarkt ausübt, so daß kein Abzug stattfindet und daß die Aufrechterhaltung des gesamten Kreditbetrages erreicht wird. Ein solches System des Zusammenwirkens, das durch die Aktion der deutschen Regierung ergänzt wird, wird den auf Deutschland von außerhalb ausgehenden Druck beseitigen und durch die Wiederherstellung des Vertrauens Deutschland in den Stand setzen, in den normalen Geschäftsgang diejenigen Kredite sicherzustellen, die nötig sind. Dieser Vorschlag hat nicht den Charakter eines Konkordats, sondern bedeutet nur eine Aufrechterhaltung des großen Kreditumfangs, der in bezug auf Deutschland gegenwärtig besteht. Der Vorschlag gestattet der Welt durch die Sicherstellung einer Stabilität in der deutschen Kreditstruktur, zu einem normalen Geschäftsgang zurückzukehren.

Die Aufnahme der amerikanischen Vorschläge auf der Londoner Konferenz

London, 21. Juli. Wie verlautet, scheint die Hauptfrage der Konferenz das Problem der Erhaltung der Deutschland gegenwärtig gewährten Kredite geworden zu sein. Die von Stimson vorgetragenen Vorschläge werden aufeinander von allen Mächten, mit Ausnahme Frankreichs, günstig aufgenommen. Die Press-Association erfährt von maßgebender französischer Seite, Frankreichs Haltung zu diesen Anregungen werde von der Tatsache bestimmt, daß es fast keine Kredite in Deutschland habe und deshalb nicht direkt von der Frage berührt werde. Eine der maßgebenden französischen Persönlichkeiten erklärt, daß sie an einem Plan zur Erhaltung der Kredite in Deutschland nicht interessiert seien. Wenn ein solcher Plan aufgestellt werden könne und er Deutschland helfe, seine unmittelbaren Schwierigkeiten zu lösen, so werde es sie freuen. Das sei jedoch eine Sache, an der die anderen Konferenzmächte in erster Linie interessiert seien. Es ist aber wahrscheinlich nicht die endgültige Lösung und diese Ansicht ist so offenbar, und die Atmosphäre ist derart, daß die Möglichkeit der Beendigung der Konferenz morgen abend oder Donnerstag unter der Voraussetzung besteht, daß die anderen Mächte mit Ausnahme von Frankreich Deutschland in der erwähnten Weise unterstützen werden.

Die Verfügung über Gehaltsüberweisungen nach dem 25. Juni

Berlin, 21. Juli. Durch die letzte Rotverordnung ist festgestellt, daß über Guthaben, die aus Überweisungen für Gehaltszahlungen nach dem 25. Juni entstanden sind, frei verfügt werden kann. Selbstverständlich wird auch in künftigen Rotverordnungen über die Abwicklung der Bankfeiertage die freie Verfügung über derartige Beträge gewahrt bleiben.



Warnung an Brüning lebens der nationalen Opposition

Neue Bindungen werden nicht anerkannt

Berlin, 21. Juli. Die Führer der nationalen Opposition haben an Reichkanzler Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wird die unerbittliche Absicht Frankreichs entgegengezeigt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden.

Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht anheims sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allerorts gefährliche Gedankengänge aufsteigen.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schwächung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten.

Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht anerkennen werden.

Das Telegramm ist unterzeichnet von Graf von der Goltz, Diller, Eugenberg, Graf Kaldenbach, Bethge, Lind, Soldat, Dürerberg.

Konkursverfahren gegen Nordwolle eröffnet

Bremen, 21. Juli. Die Justizprokuratorie teilt mit, daß über das Vermögen der Norddeutschen Wollspinnerei und Kammergarnspinnerei Bremen heute morgen der Konkurs eröffnet worden ist. Die vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder und Rechtsanwält Dr. Visschitz sind beim Konkursrichter erschienen und haben erklärt, daß die Gesellschaft zahlungsunfähig ist. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Seinemann, Bremen, ernannt.

Eine Erklärung der D-D-Bank

Berlin, 21. Juli. Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft teilt mit: Die gegenwärtige Lage erscheint uns ungeeignet, um auf die vielerlei Angriffe, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Zahlungsstellung der Darmstädter und Nationalbank A. a. V. gegen uns gerichtet worden sind, im einzelnen zu erwidern. Wir beschränken uns daher auf die Feststellung, daß wir keinen Schritt unternommen haben, der nicht vorher mit den anderen Berliner Großbanken vereinbart war. Zur Kennzeichnung unserer Einstellung und unseres Bestrebens, die Zahlungsstellung der Darmstädter und Nationalbank zu verbessern, sei die Tatsache angeführt, daß die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft noch am Samstag, den 11. Juli, also an dem der Zahlungsstellung vorangegangenen Werktage der Darmstädter und Nationalbank mit 20 Millionen Reichsmark zu Hilfe gekommen ist.

Die Gefährdung der Pressefreiheit

Die Presse zur Notverordnung

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der die deutschen Redakteure und Verleger vereinigt sind, erklärt: Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse muß verlangen, daß auch in dieser Notzeit des deutschen Volkes die Pressefreiheit unbedingt gewahrt bleibt. Die Freiheit ist das Lebenselixier der Presse, unentbehrlich für die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber Volk und Staat. Die Reichsarbeitsgemeinschaft erkennt an, daß die Verantwortung der deutschen Presse als Trägerin wichtiger öffentlicher Interessen heute besonders groß und schwer ist. Sie verurteilt daher aufs Schärfste jeden Mißbrauch der Pressefreiheit. Sie kann aber in der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen vom 17. Juli 1933 kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen der Presse erblicken.

Die Notverordnung verleiht, von technischen Mängeln ganz abgesehen, gegen die elementaren Grundgesetze des Lebens und der Freiheit der Presse besonders dadurch, daß es in das subjektive freie Ermessen zahlreicher Behörden gestellt wird,

in dem Inhalt von Zeitungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erblicken und Zeitungen deshalb zu verbieten. So behindert die Verordnung in ihrer jeglichen Form auch die Mitarbeit und Kritik der verantwortungsbewußten Presse und führt damit schwere Gefahren für die Reinigungs- und Urteilsbildung in der Öffentlichkeit herauf. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse erhebt deshalb gegen diese Verordnung entschiedenen Widerspruch. Sie gibt ihrem Bestreben darüber Ausdruck, daß eine so tief einschneidende Verordnung erlassen worden ist, ohne daß ihr als der zuständigen Berufsvertretung Gelegenheit gegeben wurde, vorher Stellung zu nehmen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft ist pflichtgemäß unverzüglich in Verhandlung mit den zuständigen Stellen eingetreten, um die Aufhebung der unerträglichen Bestimmungen dieser Verordnung gegen die Pressefreiheit zu erlangen. Einseitigen hat die Reichsregierung zugelegt, auf eine liberale und nicht schikanöse Handhabung hinzuwirken.

Baldiger Krieg zwischen Sowjetrußland und Japan?

Der S.B.K. hat sich geäußert:

Im Fernen Osten zweifelt kein Mensch mehr an einem baldigen Kriege zwischen Sowjetrußland und Japan. Japan wird dauernd durch Sowjetrußland wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt. Den mandchurischen Markt haben die Bolschewiken fast vollständig beschlagnahmt, indem sie alle Waren um zwei Drittel billiger als die gleichen japanischen Erzeugnisse verkaufen. Aus der Randchärei aber gelangen die Waren nach Zentralchina, wo bisher die japanische Ware unbenutzt verbleibt. Auch in der Mongolei haben die Bolschewiken das wirtschaftliche Übergewicht erlangt. Unter der Last von Dürre und Japaner-Sowjetrußland verbergen sich außerdem in Japan Sowjetpläne, welche Zerstörungspläne zeichnen, die die Stärke der japanischen Armee erkunden und so jähreich sind, daß man nicht eher darauf verzichten kann.

In Vladivostok wurde kürzlich ein japanischer Friseur verhaftet, der nicht nur vollständige Zerstörungspläne der östlichen Sowjetstellungen (in besonderen von Vladivostok) besaß, sondern noch viele Tausende von Photographien des Landes, der Flugzeuge, Verzeichnisse der Jungentruppen usw. Er wurde erschossen. Die Zahl der japanischen Garnisonen in Korea wächst ständig, wobei diese Garnisonen mit den neuesten Erzeugnissen der Militärtechnik ausgerüstet sind. Auch Dangun für Militärstützpunkte sind in Korea in großer Anzahl entstanden. Die gegenseitigen Rüstungen sind so offensichtlich, daß die beiden Staaten gar kein Dehl aus ihren gegenseitigen Absichten zu machen scheinen.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 21. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtags wurden die Mitglieder des von der Sozialdemokratie geforderten Ausschusses bestimmt, der die Beziehungen zwischen Sozialist und Nationalsozialisten untersuchen soll. In dem Ausschuss sind alle Parteien vertreten. Geleitet wurde eine Reihe von Eingaben und abgelehnt zur Verhandlung des Beschlusses ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der Angehörige 800 RM nicht übersteigen darf. Abgelehnt wurden ferner die Anträge der Sozialdemokratie, des Ehr. Volksdienstes und der Volksrechtspartei auf Wählungen bei der Gehaltsaufhebung für die Beamtenanwärter. Zahlreiche andere Anträge, die während der Debatte in der vorigen Woche gestellt und erledigt worden waren, wurden zur weiteren Behandlung an den Finanzausschuss überwiesen. Treffende Worte fand der Abg. Höber (Dem.) gegen jene Wirtschaftsfreie, die ihren Vertretern den Auftrag erteilt haben, Abschlüsse nur in ausländischer Währung zu betätigen. Er verlangte, daß man solche Verleumdungen mit Justizmaßnahmen bestraft. Bei der Schlußabstimmung wurde die Änderung des Beschlusses angenommen. Schließlich gab es noch parteipolitische Auseinandersetzungen wegen des vom Geschäftsausschuss gestellten Antrags, in fünf Fällen die Gewerkschaft zur Strafverfolgung von kommunikativen Angehörigen zu erteilen. Die Debatte endete mit der Annahme des Antrags. Damit war die Tagesordnung erledigt und der Landtag vertagte sich erneut bis zum Herbst.

Französisches Memorandum zur Abrüstung

Genf, 21. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat bekanntlich die zur Teilnahme an der allgemeinen Abrüstungskonferenz eingeladenen Staaten aufgefordert, Angaben über ihren Rüstungsstand einzureichen, um auf diese Weise die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu erleichtern. Die französische Regierung hatte daraufhin am 15. Juli dem Generalsekretär ein heute veröffentlichtes Memorandum überreicht, worin sie erklärt, bevor sie die erbetenen Angaben liefert, halte sie es für notwendig, die Prinzipien und die Methoden der französischen Regierung hinsichtlich der Abrüstung in Erinnerung zu rufen. Das Memorandum besagt, daß Frankreich eine unbedingte Gleichheit im Rüstungsgrade der Nationen nicht anerkennt und daß es eine Herabsetzung der Rüstungen von weiteren Fortschritten auf dem Gebiete der Sicherheit abhängig macht. Die Aufrechterhaltung der ewigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages wird als conditio sine qua non für alle Verhandlungen über Rüstungsbestimmungen bezeichnet. Es wird erklärt, daß eine Aufgabe des Rates aus auf diesem Gebiet jedem Staate seine Handlungsfreiheit für eine Erhöhung der Rüstungen wiedergibt.

Zu dem Hauptaugenmerk der französischen Rüstungspolitik übergehend sagt das Memorandum, es gebe nur ein einziges sicheres Element, das als feste Grundlage angenommen werden könne: Teil 5 des Versailler Vertrages, der vier Staaten einen genau begrenzten Rüstungsstand vorgeschrieben habe. Dadurch gehe aber nicht hervor, daß die Staaten, deren Rüstungsstand durch die Friedensverträge nicht ausdrücklich festgelegt worden sei, die Verpflichtung hätten, für die Begrenzung ihrer Rüstungen die Methoden und die Ziffern anzunehmen, die Gegenstand des Teiles 5 des Versailler Vertrags seien. Wenn man — heißt es zu diesem Punkt weiter — im Rahmen eines theoretischen Prinzips der Gleichheit die durch Teil 5 des Versailler Vertrages geschaffene Lage ändern wollte, so würde man die weitere Aufrechterhaltung der bereits vorgenommenen Rüstungsabstimmungen unmöglich machen. Der Völkerbundspakt schreibt lediglich vor, daß die Herabsetzung der Rüstungen Gegenstand eines Planes zu sein habe, der vorbereitet vom Völkerbundrat den verschiedenen Regierungen zur freiwilligen Annahme unterbreitet werde. Dieser Plan müsse der nationalen Sicherheit, den internationalen Verpflichtungen, der geographischen Lage und den besonderen Umständen, in denen sich ein Land befinde, Rechnung tragen.

Im zweiten Teil des Memorandums werden die besonderen geographischen Umstände dargelegt, die für die rüstungspolitische Haltung Frankreichs maßgebend seien. Das Memorandum behauptet, daß Frankreich eine erhebliche Herabsetzung

seiner Rüstungen bereits vorgenommen habe, verlagte sich aber irgendwelche zahlenmäßige Vergleiche mit den Rüstungsangaben einzelner Länder ausdrücklich. Der derzeitige Effektivebestand der französischen Armee im Mutterlande betrage 270 000 Mann, wovon jedoch nur 163 000 Mann als ausgebildet zu gelten hätten. Es wird weiter behauptet, daß die französische Armee seit 1929 ihre sofort verwendungsfähigen Streitkräfte um 42 Prozent herabgesetzt habe. Zusammenfassend wird erklärt, daß Frankreich seine Rüstungen bereits soweit herabgesetzt habe, wie es mit dem Minimum seiner nationalen Sicherheit vereinbar ist. So verdient festgehalten zu werden, daß das Memorandum der ausgebildeten Kräfte und des lagernden Materials mit seinem Wort erwähnt. Der dritte, der Schlüsselpunkt des Memorandums, wendet sich den Aufgaben der Abrüstungskonferenz selbst zu. Es wird festgestellt, daß die Abrüstungskonferenz vom internationalen Vertrauen abhängig sei. Wörtlich heißt es dann: Kann man die Hoffnung haben, dieses Vertrauen herbeizuführen zu sehen, wenn das Gefühl besteht, den Frieden im Interesse aller zu organisieren, als den bestehenden Zustand zum Nutzen weniger zu ändern, und wenn Staaten den Eindruck gewinnen, daß ihre Existenz, die auf den Verträgen beruht, bedroht sind? Die Entscheidungen der Konferenz müßte auf der Achtung der Verträge begründet sein. (1) In diesem Zusammenhang wird dann erklärt, daß bei einer Aufhebung der einseitigen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht nur seine Wahrung der Rüstungen denkbar sei, sondern daß es nicht möglich sein würde, die bereits vorgenommenen Herabsetzungen aufrechtzuerhalten. Das Memorandum wendet sich dann gegen den Versuch, das Abrüstungsproblem durch Aufstellung willkürlicher Prozentätze, wie es die Washingtoner und Londoner Konferenz versuchte habe. Die französische Regierung spricht den Wunsch aus, daß alle Beteiligten der Generalakte beitreten möchten. Sie fordert darüber hinaus, daß Verletzungen eines Schiedsgerichtes Sanktionen nach sich ziehen möchten. Es wird anerkannt, daß die Verträge von Locarno eine wichtige Sicherung bieten, jedoch wird darauf hingewiesen, daß diese Verträge sich nur auf eine bestimmte Gegend Europas erstrecken und erklärt, daß die Unsicherheit eines Staates die Unsicherheit aller Staaten bedeute. Der letzte Teil des französischen Memorandums gibt ein sehr weitgefaßtes politisches Programm, das als Bedingung für weitere Rüstungsabstimmungen hingestellt und folgendermaßen zusammengefaßt wird: **Universelle Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfeleistung, ein kombiniertes System regionaler Verträge, Errichtung einer internationalen Streitmacht, gleichzeitige Anwendung dieser verschiedenen Systeme.**

Aus Stadt und Bezirk.

(Weiterer Bericht.) Tiefdunkel im Norden wirkt immer noch auf die Wetterlage ein. Für Donnerstag und Freitag ist zwar immer noch unbeständiges, aber zu einem Nachlassen der Niederschläge geneigtes Wetter zu erwarten.

Der Jakobitag

Der Jakobitag oder Jakobstag, der auf den 25. Juli fällt, bezieht sich seit 1000 Jahren. Er wurde zu Ehren des Apostels, Jakobus eingefeiert, des ersten Apostels, der den Märtyrertod erlitt. Seit langem gilt der Jakobitag in vielen Gegenden Deutschlands bei der ländlichen Bevölkerung als Unglückstag. Der Landmann wird an diesem Tag niemals das Dach seines Hauses befeigen oder auf einen Baum klettern, weil er fürchten muß, abzufallen. Warum dieser wertwürdige Aberglaube sich gerade an den Jakobitag knüpft und auf welche Weise er entstanden ist, hat sich nicht ermitteln lassen. Der Name Jakob ist zwar in der Stadt nicht so verbreitet wie manch anderer, desto mehr aber auf dem Lande, wo es eine große Zahl von Jakeln gibt. Jakobfieber heißt man das Stroh, das in die Strohsäcke gefüllt wird, und unter Jakobspfeilen versteht man die Frühlingspfeile, die Ende Juli erig zu werden pflegen. In früheren Zeiten war der Jakobitag Kehl, Jins- und Einseiftag. Der Landmann beobachtet das Wetter an Jakobitag und zieht daraus seine Schlüsse: „Wie das Wetter an Jakobitag, so ist es in der Ernte.“ „Wenn an Jakobitag regnet, so fliehet Korn, und wenn schon am Stroh (d. h. unter Dach) ist, so wird es weich.“ — „Am Jakobitag und St. Annentag reißet Korn Nacht und Tag.“ — „Wenn es an Jakobitag regnet, darf der Müller den Rod verkaufen, wenn aber nicht regnet, so muß er nach Wasser fahren.“ — „Am nächtlichen Himmel glänzt besonders hell der Jakobstern — die drei in gerader Linie aneinander gereihten Sterne im Gürtel des Sternbildes des Orion. Die Milchstraße wird da und dort auch Jakobleiter genannt.“

Württemberg.

Enzweihingen, 21. Juli. (Motorradunfall.) In der Nähe der Reumühlebrücke hier auf ein Personemotorrad auf, das der Motorradfahrer und sein Fahrer, beide von hier, vom Rod gefahren und verlegt ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden mußten. Ersterer ist schwer verletzt.

Heilbronn, 21. Juli. (Oberbürgermeister Beutinger bestürzt.) Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperverfassung hat die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Emil Beutinger in Heilbronn bestätigt.

Stuttgart, 21. Juli. (Hoteltaxi und Jugendberge.) Im Konkurrenzkampf der Jugendberge mit dem Hotelgewerbe schlägt ein Stuttgarter Fachblatt vor, daß auch die gut geführten Hotels und Gasthäuser den Gedanken der Überlassung billiger Unterkunfts-möglichkeiten für die wandernde Jugend ins Auge fassen. In Kürze werden die Stuttgarter und Schwäbischen Gastwirte auf die Not der Zeit heroobergebenen Forderung Stellung nehmen.

Stetten l. N., 21. Juli. (Gemeinsches Bad.) Der Jahren hat die hiesige Schützengilde unter großen Opfern auf der Bergeshöhe ein Unterhaltungsheim mit Wirtschaftsbetrieb errichtet. Dieses wurde nachts von Einbrechern heimgeplündert. Die Diebe haben durch ein eingeschlagenes Fenster in den Wirtschaftsraum, dort haben sie sich auf dem Bier und Wein. Eine Anzahl Bierflaschen haben sie im Keller mit Wein, um auch auf dem Heimweg nicht Duff haben zu müssen. 14 Grammophonplatten nahmen sie ebenfalls mit. Die Wirtschaftsfläche mit 30 Mark und ein Zigarettenortort haben auch. Der Gemeindefiskus wurde erbrochen und sieben Kleinbalkenholzer und Zimmerstühle nahmen sie mit, einen wertvollen Vogel wozu sie in den nahen Wald. Eines der Gewehre wurde am Sonntag, nachdem der Einbruch entdeckt war, im Wald gefunden. Da es im letzten Tagen fremde Burden, die sich in der Nähe herumtrieb, beobachtet wurden, dürfte es wohl gelingen, der Täter habhaft zu werden.

Göppingen, 21. Juli. (Abschluß der Schneidermeister-Tage.) Der 9. Verbandstag des Landesverbandes württembergischer Schneidermeister fand gestern seinen Abschluß mit der Generalversammlung der Unterhaltungsvereinigung der Schneider. Die Kaffe bot in zwei vier Jahren für 110 Stubeffelle bereits schon über 70 000 RM an Stubeffellen ausbezahlt bei einem Mitgliederstand von 1558.

Gmünd, 21. Juli. (Verhaftung von Kommunisten.) Im Zusammenhang mit dem Demonstrationszug vom letzten Sonntag wurden gestern weitere 7 Kommunisten in Haft genommen. Sie werden dem Bezirkshof gegen die Notverordnung bezug des Landfriedensbruchs begnadigt.

Jepp, 21. Juli. (Der Ausländer hat Vertrauen zu uns.) Im nahen Sibrathshofen sieht schon seit längerer Zeit eine Vergammschicht, die mehrere ausländischen Industriellen zum größten Teil gebildet. Ein deutscher Teilhaber (Nikolaus-Konsberg) ist gleichfalls dem Unternehmen gering engagiert, das im wesentlichen seine Erzeugnisse nur für den Geschäftsbereich der Ausländer herstellt. Vorgesehen ist nun bei dem deutschen Teilhaber von seinen ausländischen Kollegen (samt Holländern und einem Engländer) die Mittelung ein, daß das Werk in Sibrathshofen um den Betrag von 2 Millionen vergrößert werden darf. Das Ausland glaubt also mehr als wir selber an uns; ein gutes Zeichen und ein Wink für uns, daß wir unsere Schuldhalt tun.

Fragen des Handwerks

Stuttgart, 21. Juli. Der Landesverband des Württ. Hohen, Handwerks e. V. in Stuttgart beschäftigte sich in seiner letzten erweiterten Vorstandssitzung vor allem mit Fragen der Selbsthilfe im Handwerk und gewerblichen Mittelstand, da angesichts der gegenwärtigen trostlosen Wirtschaftslage im Handwerk gerade der Selbsthilfe auf den verschiedensten Gebieten eine besondere Bedeutung zukommt. Zunächst wurden zur Durchsührung einer zweckmäßigen Arbeitsleistung für das Gesamtanfangsgebiet des Landesverbandes 5 Arbeitsausschüsse gebildet. Dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Württ.-Hohen, Jugendhandwerks um Aufnahme in den Landesverband wurde stattgegeben. Eingehende Erörterungen fanden über die verschiedenen Eingaben des Handwerks an die Regierung und an den Gemeinderat Stuttgart hinsichtlich der Verbundversorgungsfrage statt, wobei die Erwartung ausgesprochen worden ist, daß die zuständigen Stellen allen Ernstes und unter Aufbietung aller Mittel für eine Schenkung des gesamten Verbundversorgungsgebietes sich einsetzen. Gegenstand weiterer Verhandlungen waren auch die gegenwärtigen Verhältnisse im Stromversorgungsgebiet des Heberlandwerkes Jagstkreis im Ellwanger. Die Strompreise des Heberlandwerkes Jagstkreis und auch die sonstigen bei diesem Werk bestehenden Verhältnisse bedürfen im Interesse vor allem der kleinen und mittleren Stromabnehmer und des bezirksanfertigen Installationsgewerbes dringend einer Änderung, weshalb die in Verbindung mit der Landwirtschaft und dem Elektro-Installationsgewerbe eingeleiteten Schritte zurückzuführen und ein weiteres Vorgehen zur Errichtung einer gerechten Stromverteilung und einer besseren Berücksichtigung des bezirksanfertigen selbständigen Elektro-Installationsgewerbes bei Ausführung von Installationsarbeiten aller Art beim Innen- und Wirtschaftsministerium im Benehmen mit den beteiligten Berufsständen beschließen wurde. Außerdem wurde auch ein Bericht über die ab 1. Juli d. J. gegründete Schwäbische Hochspannung für Gewerbe und Handel G. m. b. H. in Stuttgart, Kronenstr. 16, die ausschließlich von 6 führenden Württembergern des Gewerbes gegründet worden ist, entgegengenommen, sie besitzt das Vertrauen der Mitglieder des erweiterten Vorstandes.



Stuttgart, 20. Juli. Eine Verordnung des Innenministeriums über gefällige Miete bestimmt: Hat der Vermieter...

Nach einer weiteren Verordnung des Innenministeriums zum Vollzug des Wohnungsmangelgesetzes sind Wohnungen...

Zerlegung des Verbands oberschwäb. Viehwirtschaftvereine

Ulm, 21. Juli. Sonntag vormittag 11 Uhr fand die offizielle Eröffnung der Schau durch Bürgermeister Henz...

Unwetter im württembergischen Unterland

Stuttgart, 20. Juli. In der Frühe des gestrigen Tages war die Wetterstimmung nachmittags trüb...

Zulassung. A. M. O. A. Badung, 20. Juli. Ein starkes Hochwasser bekam unser Ort aus dem Fischbachthal...

Ställe mussten geräumt werden. Die Bahnhofstraße war infolge der heranströmenden Wassermassen zwei Stunden gesperrt...

Badung, 20. Juli. Am Sonntag hatten wir im Murrthal mitten im Hochsommer ein gewaltiges Hochwasser...

Reilstein, O. A. Marbach, 20. Juli. Große Wassermengen strömten gestern herab von den Bergen und bildeten in der Gartenstraße und im Wiesental einen See...

Murr, O. A. Marbach, 20. Juli. Zum zweiten Mal seit Anfang Mai führte die Murr am Sonntag Hochwasser...

Murrhardt, 21. Juli. Infolge von Hochwasser wurde oberhalb Murrhardt bei Dauten die Staatsstraße überschwemmt...

Baden.

Bfzheim, 21. Juli. Hausbesitzer des Hauses Brühlstraße 5 wurden gestern vormittag 10 Uhr auf hohem Gasdruck aufmerksam...

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 21. Juli. (Schlachtochmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Markt Vieh- und Schlachtoch wurden zugeführt: 46 Ochsen...

Bfzheim, 20. Juli. (Schlachtochmarkt.) Aufgetrieben waren 404 Tiere und zwar 5 Ochsen, 1 Kuh, 49 Rinder...

Karlsruhe, 20. Juli. (Schlachtochmarkt.) Zufuhr: 35 Ochsen, 65 Bullen, 37 Rinder, 133 Ferkel, 145 Rinder...

Neueste Nachrichten.

Dresden, 21. Juli. Das Volksgesetzblatt hat gestern auf Grund der zweiten Verordnung der Reichspräsidenten zur Bekämpfung...

Berlin, 21. Juli. Heute nachmittag wurde das Karl Viehwirtschaftshaus in Berlin nach verdorbenen Fleischproben durchsucht...

Warschau, 21. Juli. Die polnische Provinzhauptstadt Lublin und ihre nächste Umgebung wurde gestern von einem furchtbaren Wirbelwind auf das schwerste verheerung...

London, 21. Juli. Bei einem Gottesdienst in der Kirche von Loando (Portugiesisch-Angola) führte am Sonntag ein Teil des Chors ein und begrub einen großen Teil der Ormelinde unter sich...

Sevilla, 21. Juli. Die freikundigen Gewerkschaftler verurteilten heute das Telefonamt zu klären und in Brand zu setzen...

Madrid, 21. Juli. Die ersten Zwischenfälle in Sevilla haben starken Eindruck in den Kreisen der spanischen Regierung gemacht...

Politische Zusammenhänge bei einem Tanzergnügen

Glogau, 20. Juli. In Aufzug (Kreis Freytag) am Schlawauer See kam es am Sonntag bei einem öffentlichen Tanzergnügen zu schweren und blutigen Ausschreitungen...

„Graf Zeppelin“ zur Aektisfahrt bereit

Friedrichshafen, 21. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am kommenden Freitag zu seiner für sechs Tage berechneten Aektisfahrt aufsteigen wird, ist für die Zwecke dieser Fahrt so gut wie umgebaut...

Das Luftschiff, das Zwischenlandungen in Berlin und Leningrad vornehmen wird, hat außer den 16 Fahrtrielnehmern noch 29 Mann Besatzung...

Tragödie der Zeit

Berlin, 21. Juli. In seiner Villa wurde gestern der 64 Jahre alte Fabrikbesitzer Arthur Jaffe und seine 54 Jahre alte Frau mit Veronal vergiftet tot aufgefunden...



Der deutsch-österreichische Zollunionsplan vor dem Haager Gerichtshof

Haag, 21. Juli. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Ständigen internationalen Gerichtshofes wurde nach Erledigung der projektualen Vorfragen mit den eigentlichen Verhandlungen begonnen. Zunächst erhielt der deutsche Vertreter, Prof. Dr. Bruns, das Wort.

Professor Bruns hob zunächst hervor, daß es sich bei der dem internationalen Gerichtshof unterbreiteten Frage darum handele, ob das auf den Prinzipien des Wiener Protokolls vom 19. März d. J. zu errichtende Zollregime mit den gegenwärtig für Österreich geltenden juristischen Status zu vereinbaren sei. Diese Frage sei eine rein juristische. Man habe also die beabsichtigte Zollunion weder unter wirtschaftlichen noch unter politischen, sondern ausschließlich unter rein juristischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Allerdings habe diese Erkenntnis die französische Regierung nicht daran gehindert, ein ganzes Kapitel rein wirtschaftlicher und politischer Faktoren dieser Frage zu widmen. Lediglich scheinen auch die Forderungen, zu denen die französische These gelange, dem Gerichtshof das Recht abzusprechen zu wollen, die Zollunion in seiner Gesamtheit zu untersuchen. Wenn diese Auffassung richtig wäre, dann hätte die Frage lauten müssen, ob einer der Grundzüge, auf denen das Wiener Protokoll beruhe, mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und dem 1. Genfer Protokoll vom 1. Oktober 1922 vereinbar sei.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages beschäftigte sich der deutsche Vertreter, Prof. Bruns, im Hinblick auf die von Österreich in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und im ersten Genfer Protokoll vom Oktober 1922 übernommenen Verpflichtungen, seine Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen zu lassen, ausschließlich mit dem Begriff „Unabhängigkeit“. In diesem Zweck müsse man eine eingehende Analyse der erwähnten beiden Vertragsbestimmungen geben. Es sei bemerkenswert, daß man in ihnen nicht weniger als acht Mal dasselbe Wort „Unabhängigkeit“ vorfinde. Ferner komme es noch zweimal in Artikel 80 des Vertrages von Versailles vor. Unterlasse man, in welchem Sinne dieses Wort in den erwähnten Verträgen gebraucht werden sei und ob dieser Sinn bei ihnen überall derselbe sei, so ergäbe sich, daß die Ansichten darüber, soweit sie von den verschiedenen Regierungen in ihren Schriftsätzen im Haag niedergelegt seien, erheblich voneinander abwichen. Nehme man zuerst den tschechischen Standpunkt, so müsse man aus der tschechischen Argumentation den Schluß ziehen, daß die Signatarmächte des Genfer Protokolls nur die politische Unabhängigkeit Österreichs, aber nicht seine wirtschaftliche Unabhängigkeit hätten respektieren wollen, ein Standpunkt, der schwerlich aufrecht erhalten werden könne. In dem französischen Schriftsatz habe das Wort „Unabhängigkeit“ dagegen eine Auslegung erhalten, die sich in Übereinstimmung mit derjenigen Deutschlands und Österreichs befinde. Diese letzteren drei Regierungen hätten somit einstimmig fest, daß das Protokoll von Genf beim Gebrauch des Wortes „Unabhängigkeit“ nichts an dem Sinn geändert habe, der ihm schon in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und in Artikel 80 des Versailler Vertrages beigelegt worden sei. Im Gegensatz hierzu wollten die von Italien und der Tschechoslowakei aufgestellten Thesen in dieser Beziehung eine Differenzierung zwischen dem Genfer Protokoll und den Verträgen von St. Germain und Versailles herstellen. Die Auffassung der letzterwähnten beiden Regierungen sei, namentlich mit Bezug auf ihre Stellungnahme zum letzten Passus des Absatzes 2 rechtlich unhaltbar.

Nach diesen Darlegungen befahte sich der deutsche Vertreter ausführlich mit der Tragweite des Ausdruckes „Unabhängigkeit“, wobei er ausführte, daß im Genfer Protokoll die

Unabhängigkeit Österreichs nicht einer Einschränkung unterworfen, sondern nur die schon in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain enthaltene Einschränkungsklausel nochmals bestätigt worden sei. Der zweite Absatz des Genfer Protokolls verändere auch nichts an der im ersten Absatz aufgestellten Verpflichtung Österreichs und enthalte keinerlei neue Verpflichtungen. Die Unterzeichner des Vertrages von St. Germain seien übrigens naturgemäß bei der Aufstellung des Genfer Protokolls auch an die früheren Vertragsbestimmungen gebunden gewesen. In den Schriftsätzen der fünf am Verfahren beteiligten Regierungen könne man drei verschiedene Bedeutungen unterscheiden, die den Ausdruck „Unabhängigkeit“ beigemessen seien, von denen eine nicht juristisch und zwei juristischer Natur seien, und zwar letztere das eine Mal in mehr materieller und das andere Mal in mehr formeller Beziehung. Prof. Bruns betonte weiter, daß die internationalen Verträge, wie auch die nationale Gesetzgebung nur moralische und keine wirtschaftlichen und politischen Begriffe aufweisen. Kein Staat könne vollkommen in dem Sinne unabhängig sein, daß er nicht durch Verträge seine Handlungsfreiheit in irgendwelchen Beziehungen einschränken lassen müsse. Von französischer Seite sei hierzu eine These aufgestellt worden, bei deren Anwendung Österreich verpflichtet wäre, stets beim Abschluß eines Vertrages, der eine Erhöhung seiner wirtschaftlichen oder politischen Abhängigkeit zur Folge hätte, die vorherige Zustimmung des Völkerbundesrates dazu einzuholen. Der Völkerbundesrat hätte also dann das Recht, jede geplante Abmachung wirtschaftlichen, politischen, finanziellen oder anderen Charakters, welche die Aktionsfreiheit Österreichs ändern würde, zu prüfen. Wenn diese französische These richtig wäre, dann hätte die Unabhängigkeit Österreichs niemals erklärt. Der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, der die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch alle Signatarmächte enthalte, würde also nicht die Unabhängigkeit, sondern die vollkommene Abhängigkeit dieses Staates eingeleitet haben.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Dienstag vormittag vertagt; der deutsche Vertreter wird dann sein Vortragswort, das noch den ganzen Dienstag in Anspruch nehmen dürfte, fortsetzen.

Der Rechtskreis um die Zollunion

Haag, 21. Juli. In der Dienstagsvormittagsitzung des Ständigen internationalen Gerichtshofes legte der deutsche Vertreter Prof. Dr. Bruns seine am Montag unterbrochenen Ausführungen zur Frage des deutsch-österreichischen Zollabkommens fort. Er beschäftigte sich u. a. eingehend mit der Bedeutung des juristischen Begriffes „Unabhängigkeit“ in den verschiedenen in dieser Frage ausgearbeiteten Denkschriften. Auf die französische Denkschrift eingehend, meinte er u. a., der Begriff der durch die Anerkennung anderer Staaten geschaffenen Rechtspersönlichkeit eines Staates bedeute, daß dieser Staat alle Rechte besitze und allen Verpflichtungen unterworfen sei, die sich aus den internationalen Rechten ergeben. Redner ist mit Frankreich darin einig, daß eine Teilung eines Staates den Verlust seiner Unabhängigkeit zur Folge habe. Die souveränen Rechte eines Staates dürfen jedoch nicht mit dem Inhalt der Befugnisse des Staates verwechselt werden. Man könne nicht annehmen, daß die Unabhängigkeit verloren gehen würde, wenn Österreich auf wichtige Rechte verzichte. Der Verlust der Unabhängigkeit könne in vollständiger oder teilweiser Entfremdung des Grundgebietes des Staates bestehen. Er könne zugeben, daß der Vertrag von St. Germain und das Protokoll dies hätten verhindern wollen. Es frage sich aber, ob Österreich souveräne Rechte preisgegeben und beziehungsweise, welches diese Rechte seien. In seinen weiteren Ausführungen wies der Redner darauf hin, man spreche wohl viel von den Verpflichtungen, welche Österreich auf sich genommen habe,

nicht aber von den Rechten, welche sich aus den Verträgen ergeben.

Eine französische Denkschrift

Paris, 21. Juli. Die französische Regierung veröffentlichte am Dienstag mittig eine Denkschrift, die dem Haager Gerichtshof als Grundlage für die französische Stellung zur Frage des deutsch-österreichischen Zollabkommens unterbreitet werden soll. Es handelt sich um eine Dokumentensammlung von insgesamt 92 Seiten Umfang. Als Schlussfolgerung behauptet die französische Regierung, daß durch das deutsch-österreichische Zollabkommen der § 88 des Vertrages von St. Germain und der Artikel 1 des österreichischen Anleihevertrages von 1922 verletzt worden seien.

Der Herr Goldschmidt!

Mit dem Zusammenbruch der Danabank ist es notwendig, sich auch einmal mit dem Angehörigen dieser Bank, dem Herrn Jakob Goldschmidt, zu beschäftigen. Ein fürchterliches Fiasko, als es dieser „prominente“ Wirtschaftsführer erlitten hat, kennt die Wirtschaftsgebiete Deutschlands bisher nicht. Welcher Günst und welchen Ansehens Herr Goldschmidt sich erkaufte, mag unter anderem aus der Feststellung hervorgehen, daß er in nicht weniger als einhundertundzwanzig Gesellschaften Aufsichtsratsmitglied ist, und daß er vierundzwanzig dieser Gesellschaften als Vorstehender vorsteht! Aber ein Toppennnis ist es doch, daß die Unterschreibung dieses Herrn Goldschmidt unter dem gleichen Briefe steht, in welchem noch 999 Vertreter großer industrieller und wirtschaftlicher Unternehmungen Deutschlands dem Reich gepöhlten eine Gesamtgarantie anbieten! Jetzt ist es ja nun auch bekannt geworden, daß umgekehrt das Reich die Garantie für die Liquidierung Herrn Jakob Goldschmidts geniales Fiasko übernehmen mußte!

Italiens Hand in Albanien

Paris, 21. Juli. Wie der „Petit Parisien“ berichtet, hat Italien einen neuen Finanzvertrag mit Albanien abgeschlossen. Darnach würde Albanien während 10 Jahren einen jährlichen Zuschuß von 10 Millionen Goldlire erhalten, der zinslos und erst dann wieder rückzahlbar sei, wenn es die Subjekt- und Wirtschaftslage Albanien gelatte. Die Verwendung der Summe würde von einer gemischten Kommission überwacht. Das Abkommen hat selbstverständlich größte politische Bedeutung, erklärt der „Petit Parisien“, denn die Finanzverwaltung Albanien werde damit direkt der italienischen Regierung unterstellt.

Bis zum 25. jeden Monats

muß der Briefträger die Bezugsgebühr für den kommenden Monat eingezogen haben. Wollen Sie also keine verspätete Zustellung im Aug. und haben Sie vielleicht die Bezugs-erneuerung versäumt, so holen Sie dieselbe umgehend bei Ihrem Postamt oder auch bei Ihrem Briefträger nach. Eine Bestellung nach dem 25. eines Monats verursacht 20 Pfennig Verspätungsgebühr.

Im Konkurs der Firma Rehfueß & Co. in Höfen verkaufe ich die



zwei Pferde

der Firma am kommenden Samstag, vormittags 10 Uhr. Kaufliebhaber sind eingeladen. Zusammenkunft beim Sägewerk Rehfueß.

Konkursverwalter: Bez.-Notar Klett.

Gemeinde Birkensfeld.

Das neu hergerichtete

Bad im Schulhaus

ist ab kommenden Donnerstag wieder geöffnet. Badezeit: Donnerstags und Freitags, je von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr.

Birkensfeld, den 21. Juli 1931.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Birkensfeld.

Bergebung von Bauarbeiten

In einem Wohnhausneubau, finanziert durch „Volkshilfe“ Stuttgart, verberge ich i. A. die

Grab-, Beton-, Eisenbeton-, Maurer-, Dachdecker-, Zimmer-, Treppen-, Schmiede-, Fläschner- und Wasserleitungs-Arbeiten.

Die Unterlagen liegen bei mir zur Einsicht auf, wozu auch die Angebote bis spätestens Freitag den 24. Juli 1931, nachm. 5 Uhr, erbeten werden. Abschriften sind gegen Erstattung der Kosten erhältlich.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Birkensfeld, den 18. Juli 1931.

Anruf: Amt Pforzheim 3455.

I. A. Die Bauleitung:
 Architekt W. Hildenbrand,
 Baumeister und Wasserbautechniker.

Bergebung von Bauarbeiten.

An dem Rathaus der Gemeinde Engtal kommen folgende Arbeiten in Akkord zur Vergebung:

1. Zementmörtelputz der Stuckmauer mit Spritzwurf und Quadratmeterleistung.
 2. Schwarzhalkmörtelputz der Fachwerkwände und dreimaliger Weißputz des Holzwerks und Schindelfaseranstrich.
- Der Akkord findet am nächsten Samstag den 25. Juli, nachm. 3 Uhr, auf dem Rathaus statt.

Bürgermeisteramt.

Döbel, den 21. Juli 1931.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, treubehagte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Pauline Bodamer,

Postagenten-Witwe,

nach längerem, schwerem Leiden im Alter von 69 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Städt. Frauenarbeitschule Wildbad.

Anmeldungen für die am 10. September 1931 beginnenden Kurse werden möglichst bald erbeten. Auskunft wird bereitwilligst jederzeit erteilt.

Die Schulleitung.

- I. Tageskurse: a) Hand- und Wäsche-Nähen, b) Kleidernähen, c) Sticken.

- II. Nachmittagskurse: a) Wäschennähen, b) Kleidernähen.
- Wöchentlich ein Nachmittag.

- III. Abendkurse: a) Wäschennähen, b) Kleidernähen.
- Wöchentlich zwei Abende.

Kursdauer: 10. September 1931 bis 22. Dezember 1931.

Sämtl. Buchbinderarbeiten

werden in

eigener Werkstätte

rasch und preiswert ausgeführt.

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh.: Fr. Biefiger.

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Behandlung der Haut sollte man vor und nach der Befahrung die Haut insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich einreiben; man erzielt dann ohne schmerzliche Reizung eine gesunde, tonnengebundene Hautfarbe. Creme Leodor — fertigt in roter Packung; leihfähig in blauer Packung — Tube 60 Pf., und 1 Pf., Leodor-Edelcreme 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.
2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne poliere man sich abends die Zähne mit dem bereits erwähnten Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einer ellenbeinartigen Gang erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf., und 50 Pf., Chlorodont-Zahnbürste 1 Pf., Kinderbürste 50 Pf., Chlorodont-Zahnpoliermittel 1 Pf., Chlorodont-Zahnpoliermittel 1 Pf.

Ein in der dortigen Gegend stehendes sehr gut erhaltenes

Pfeiffer-Pianino

ist miet- oder kaufweise bei günstigen Zahlungsbedingungen abzugeben. Anfragen an

Flügel- und Klavier-Fabrik

Carl A. Pfeiffer

Stuttgart, Silberburg-Straße 120—124a.

7000 Mt.

gegen 1. Hypothek auf Haus im Wert von 30000 Mark aus Privathand sofort gesucht. Angebote unter R. 330 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

2 Zimmer

mit 1 und 2 Betten und Kochgelegenheit auf zirka 14 Tage ab 27. Juli gesucht.

Etangebote unter Nr. 650 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

Birkensfeld.

Stärkewäsche

wird angenommen bei Rosa Regelmann, Kreuzstraße 47.

Spiegelglasbelegerei

und Verkupferungsanstalt. Lieferung aller Art von Spiegeln, sowie Erneuerung schlecht gewordener Spiegelbeläge.

Georg Beller, Ingenieur.

Glasindustrie, Neuenbürg.

Familien-Drucksachen

Besuchskarten
 Verlobungsanzeigen
 Vermählungsanzeigen
 Geburtsanzeigen
 Glückwunschkarten usw.

liefert in
 vornehmer Ausführung
 äußerst preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

S. M. Wild.

